

Uedem, 15.03.2010

Rede zum Haushalt 2010

(Es gilt das gesprochene Wort)

Jörg Lorenz
Vorsitzender der
SPD-Fraktion Uedem

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

schon bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2010 im Januar wurde deutlich: Die noch ein Jahr zuvor prognostizierte positive Entwicklung der Gemeindefinanzen tritt nicht ein. Schlimmer noch: Nunmehr steht zu befürchten, dass in wenigen Jahren ein ausgeglichener Haushalt nicht mehr dargestellt werden kann. Die Ausgleichsrücklage, in der Finanzplanung des Vorjahres noch über Jahre als stabil betrachtet, wäre schon 2013 fast verbraucht: Von 2,9 Millionen sollen nur noch etwa 200.000 € übrig bleiben. Was ist im Einzelnen passiert?

Zum einen sind unsere Einnahmen massiv zurückgegangen. Dies betrifft sowohl unsere Gewerbesteuererinnahmen als auch die Anteile an Bundessteuern und die Schlüsselzuweisungen.

Allein das Steuergeschenk der schwarz-gelben Bundesregierung an die Hoteliers im Rahmen des legendären „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ kostet übrigens unsere Gemeinde schätzungsweise pro Jahr mehr als 150.000 Euro.

Und weiteres Ungemach droht: Die Finanzplanung des Kreises sieht vor, dass die Kreisumlage im nächsten Jahr 97,7 Millionen, in 2013 aber 118,8 Millionen betragen wird, also über 20 Millionen Euro mehr für die 16 Kommunen des Kreises ausmacht.

Schwarz-Gelb hat im Koalitionsvertrag eine Einkommensteuerreform verabredet, die den Bürgern eine Entlastung von 20 Milliarden Euro bringen soll. Da die Städte und Gemeinden mit 15 Prozent an diesen Steuereinnahmen beteiligt sind, drohen hier weitere Verluste von jährlich mehr als 300.000 Euro.

Selbst die ja auch von der FDP hier in Uedem geforderte Abschaffung der Gewerbesteuer ist noch nicht vom Tisch, ohne dass bisher konkrete Vorschläge für einen adäquaten Ersatz vorliegen.

Der Bürgermeister hat bei der Einbringung des Haushaltes mit Blick auf die Kosten der Betreuung von Kindern und Kleinkindern gesagt: „Die hierfür zur Verfügung gestellten Bundes- und Landesmittel werden meines Erachtens nicht auskömmlich sein.“ Dieser Einschätzung stimmen wir zu.

Und nicht zuletzt: Bei den vom Bund anteilig zu tragenden Kosten der Unterkunft für ALG-II-Bezieher gibt es bereits jetzt eine deutliche Unterfinanzierung. Dennoch wird der Bundesanteil unter dieser Bundesregierung nicht etwa steigen, sondern es drohen auch hier weitere Kürzungen. Von 25,4 auf 23,1 Prozent will der Bund seinen Anteil drücken. Dies entspricht Mehrausgaben für unsere Gemeinde von rund 30.000 €. Darauf hat der Bürgermeister schon bei der Einbringung des Haushaltes hingewiesen.

Dabei haben diese Ausgaben auch so schon ein bedrohliches Maß angenommen. Es steht zu befürchten, dass viele, die in der Folge der weltweiten Wirtschaftskrise arbeitslos geworden sind, in 2010 zu ALG-II-Beziehern werden und damit die Zahl der Bedarfsgemeinschaften auch in Uedem weiter zunimmt.

In dieser Situation wäre aus Sicht der SPD-Fraktion sträflich, mit einem „weiter so“-Haushalt so zu tun, als wäre nichts geschehen. Wir haben daher den Haushalt sehr

gründlich darauf hin überprüft, ob Einsparpotentiale vorhanden sind. Dabei galt für uns der Grundsatz, wünschenswertes von dringend erforderlichem zu unterscheiden.

Und da der Bürgermeister den Vorwurf, er habe mögliche Reaktionen auf die schwierige Finanzlage erst für 2013 angekündigt, zurückweist, möchte ich aus seiner Rede zur Haushaltseinbringung wörtlich zitieren: „Wenn sich ab dem Jahr 2012 –evtl. auch schon ab 2011 – keine entscheidende Konjunkturbelebung abzeichnet und sich die Erträge der Gemeinde nicht entsprechend der Prognosen der Orientierungsdaten verbessern, wird auch die Gemeinde Uedem nicht um einschneidende Maßnahmen in Form von Steuererhöhungen, Aufwandskürzungen und Einforderung von noch mehr bürgerschaftlichem Engagement umhin kommen.“ Zitat Ende. Wenn jemand abwarten will, was im Jahr 2012 passiert, ab wann kann er dann darauf reagieren? Natürlich frühestens im folgenden Jahr, also 2013.

Die von Ihnen, Herr Weber, bemängelte Aussage in der Pressemitteilung der SPD lautete (Zitat): „Wir dürfen nicht bis 2013 warten, um dann heftig auf die Notbremse zu treten. Wir müssen vielmehr jetzt anfangen zu sparen und sehr genau überlegen, was wir uns derzeit leisten können“. Es wird ihr Geheimnis bleiben, was an dieser Aussage falsch sein soll.

Mit den aus dem Diskussionsprozess der SPD-Fraktion entstandenen Vorschlägen haben sich die Ausschüsse der Gemeinde in den letzten Wochen beschäftigt. Bei diesen Diskussionen wurde deutlich, dass nicht alle Vorschläge der SPD zielführend bzw. ohne größere Verwerfungen umsetzbar gewesen wären. Darum haben wir einige davon zurückgezogen. Die Kosten für die Organisationsuntersuchung – die wir grundsätzlich für erforderlich halten - können durch einen anderen Finanzierungsvorschlag aus unserer Sicht nunmehr aufgebracht werden. Unterm Strich bleibt aus den Diskussionen festzuhalten:

Einsparvorschläge seitens der CDU – Fehlanzeige

Alle Fraktionen waren sich einig, dass wir im Bereich der Nutzungsgebühren für Sporteinrichtungen gerechte Lösungen finden müssen, die auch zu einer höheren Kostendeckung führen werden.

Und die Ausgabe für die Ortseingangsschilder steht unter dem Vorbehalt, dass Sponsoren dafür gefunden werden.

Die allzu häufig und leicht erhobene Forderung, Personal abzubauen, kann für Uedem nicht in Frage kommen. Im Gegenteil, wir sind uns weitgehend einig, dass tendenziell eher mehr Personal für die Aufgabenerledigung gebraucht wird und/oder mehr Aufgaben in Form interkommunaler Zusammenarbeit erledigt werden müssen.

Letztendlich strittig war und ist ein Projekt, dass der Bürgermeister trotz der schlechten Lage vorgeschlagen hat und dem die CDU ihren Segen gibt – nämlich der Neubau eines Gerätehauses hinter der Feuerwehr in Uedem für insgesamt 170.000 €. Hier greift die eben genannte Bewertung: Sinnvoll ja, aber dringend notwendig nein. Und auch wenn durch die NKF-Regelungen die konkreten Auswirkungen auf die Bilanz anders aussehen: Es bliebe eine Ausgabe in sechsstelliger Höhe, die wir unter den Umständen des Jahres 2008 wohl hätten stemmen können, aber auf die wir unter denen des Jahres 2010 verzichten sollten.

Wo wir gerade beim Thema NKF sind. Die SPD-Fraktion hat die Haushalte der Jahre 2008 und 2009 abgelehnt, weil die vorgelegten Entwürfe die notwendigen

Steuerungselemente – Ziele und Kennzahlen – nicht enthielten. Inzwischen haben wir hier nachgearbeitet. Der Rat hat in gemeinsamer Arbeit strategische Ziele erarbeitet und wir haben zwei Profit-Center definiert, für die die Verwaltung in einem ersten Schritt die notwendigen Ziele und Kennzahlen definieren soll. So richtig ist das – zurückhaltend formuliert – noch nicht gelungen. Hier bleibt noch viel zu tun. Aber da die SPD-Fraktion dem schrittweisen Aufbau dieser Planungsgrundlagen zugestimmt hat, nehmen wir das für dieses Jahr in Kauf.

Wir danken an dieser Stelle der Verwaltung, dem Bürgermeister, dem Kämmerer und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die geleistete Arbeit und die Unterstützung bei unseren Beratungen.

Dass wir auch den Haushalt 2010 ablehnen müssen, hat einen anderen Grund: Wir vermissen im vorgelegten Entwurf den notwendigen Sparwillen und wir vermissen insbesondere auch bei der Mehrheitsfraktion hier im Rat die Bereitschaft, möglicherweise auch die Fähigkeit, die erforderlichen Konsequenzen aus der aktuellen Lage zu ziehen. Die SPD hatte ihre Bereitschaft signalisiert, den Haushalt mitzutragen, wenn der Rat gemeinsam zu entsprechenden Sparbeschlüssen kommt. Dies ist leider nicht gelungen. Es muss daher beim Nein der SPD zu diesem Haushalt bleiben.